



KAMMERGERICHT

Beschluss

Geschäftsnummer:

(3) 161 Ss 100/12 (75/12)

(231 Cs) 3033 PLs 4103/11 (196/11)

In der Strafsache gegen

[REDACTED]
geboren am [REDACTED]

wohnhaft in [REDACTED]

wegen Körperverletzung

hat der 3. Strafsenat des Kammergerichts in Berlin
am 27. Juni 2012 einstimmig beschlossen:

1. Der Senat nimmt seinen Beschluss vom 20. Juni
2012 zurück.

2. Auf die Revision der Angeklagten wird das Urteil
des Amtsgerichts Tiergarten vom 9. Februar 2012 mit
den Feststellungen aufgehoben.

3. Die Sache wird zu neuer Verhandlung und Entscheidung - auch über die Kosten der Revision - an eine andere Abteilung des Amtsgerichts zurückverwiesen.

G r ü n d e :

Das Amtsgericht Tiergarten hat die Angeklagte am 9. Februar 2012 wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von fünfzehn Tagessätzen zu je fünfzehn Euro verurteilt, ihr die Zahlung der Geldstrafe in monatlichen Raten gestattet und zugleich bestimmt, dass sie an die Adhäsionsklägerin einen Betrag von eintausend Euro nebst Zinsen zu zahlen habe. Gegen dieses Urteil hat die Angeklagte mit am 14. Februar 2012 eingegangenem Fax-Schreiben vom 13. Februar 2012 „Rechtsmittel“ eingelegt und mit Schreiben vom 23. April 2012 um Übersendung des Hauptverhandlungsprotokolls sowie „einen Aufschub der Revisionsbegründungsfrist“ ersucht. Ihre Revisionsbegründung ist am 30. April 2012 bei Gericht eingegangen. Das als Revision zu wertende Rechtsmittel der Angeklagten hat der Senat mit Beschluss vom 20. Juni 2012 als unzulässig verworfen.

1. Bei der Verwerfung der Revision ist der Senat davon ausgegangen, dass die Angeklagte das Urteil des Amtsgerichts zwar fristgerecht angefochten und das zunächst unbestimmte Rechtsmittel noch rechtzeitig als Revision bestimmt hat, jedoch die am 30. April 2012 eingegangene Revisionsbegründung die Frist des § 345 Abs. 1 StPO nicht wahrt. Hierbei hat er übersehen, dass das Urteil des Amtsgerichts in Abwesenheit der Angeklagten und ihrer Verteidiger verkündet worden ist. Die Wochenfrist zur Einlegung eines Rechtsmittels begann daher gemäß § 341 Abs. 2 StPO erst mit der - hier am 21. März 2012 erfolgten - Zustellung des Urteils und die Revisionsbegründungsfrist wurde erst anschließend in Lauf gesetzt. Diese endete daher

gemäß § 43 Abs. 2 StPO mit Ablauf des 30. April 2012, so dass die Revision der Angeklagten rechtzeitig begründet worden ist. Nach diesem Verfahrensgang hatte der Senat seinen Beschluss vom 20. Juni 2012 zurückzunehmen. Die Aufhebung nicht mehr anfechtbarer (§ 304 Abs. 4 Satz 2 StPO) Beschlüsse ist dann zulässig, wenn die Entscheidung auf einem für sie erheblichen Tatsachenirrtum über prozessuale Formalien beruht [vgl. RGSt 59, 419, 420; BGH NJW 1951, 771; OLG Jena NStZ-RR 1997, 10, 11; KG Beschluss vom 9. Dezember 2009 -(4) 1 Ss 380/09 (217/09)- ; Meyer-Goßner, StPO 54. Aufl., § 296 Rdn. 25], insbesondere, wenn - wie hier - ein Bestehen bleiben der fehlerhaften Entscheidung zu einer unerträglichen Ungerechtigkeit führen würde.

2. Die Revision der Angeklagten dringt, ohne dass es auf ihr Rügevorbringen im Einzelnen ankommt, mit der allgemeinen Sachrüge durch. Sie hat zur Folge, dass der Senat das Urteil in sachlich-rechtlicher Hinsicht in vollem Umfang überprüft. Dies beschränkt sich nicht allein auf die Prüfung, ob das Recht auf den festgestellten Sachverhalt richtig angewandt worden ist, sondern betrifft auch die Frage, ob die Urteilsfeststellungen überhaupt eine tragfähige Grundlage für diese Prüfung bieten, insbesondere ob sie widersprüchlich, unklar oder lückenhaft sind oder gegen Denkgesetze oder Erfahrungssätze verstoßen [vgl. Meyer-Goßner, StPO 54. Aufl., § 337 Rdn. 22]. Gerade weil der Tatrichter gehalten ist, die von ihm erhobenen Beweise erschöpfend zu würdigen, müssen die Urteilsgründe die dieser Würdigung zugrundeliegenden Feststellungen erkennen lassen, weil anders das Revisionsgericht seiner eingeschränkten Prüfungspflicht nicht nachkommen kann. Lücken oder Unklarheiten stellen einen sachlich-rechtlichen Mangel dar, der die Aufhebung des Urteils veranlassen kann. So liegt der Fall hier. Soweit der Tatrichter bei der Würdigung der Aussage der Belastungszeugin zu der Überzeugung gelangt, dass *„insgesamt keine Zweifel an der sehr lebensnahen Schilderung des Vorfalls durch die Zeugin Rappe“* bestehen (UA S. 5), hat er diese auch

vor dem Hintergrund des Gutachtens des Christian Mallas ausgeschlossen. Dieses Gutachten komme zwar zu dem Ergebnis, „dass der von der Zeugin Rappe geschilderte Tathergang unmöglich sein soll. Dies vermag jedoch nicht zu überzeugen, da dieses Ergebnis offensichtlich unhaltbar falsch ist und klar der Lebenserfahrung widerspricht“ (UA S. 5). Eine derart knappe, letztlich auf die Mitteilung des Ergebnisses des Gutachtens beschränkte Darstellung der tatrichterlichen Überzeugungsbildung ist ungenügend. Sie reicht allenfalls dann aus, wenn es sich um ein allgemein anerkanntes und weithin standardisiertes Verfahren wie das daktyloskopische Gutachten, die Blutalkoholanalyse oder die Bestimmung von Blutgruppen handelt [vgl. BGH NStZ 2011, 171; OLG Hamm, Beschluss vom 22. September 2001 - 3 Ss 354/09 - bei juris]. In allen anderen Fällen müssen die Urteilsgründe eine - zumindest gedrängte - zusammenfassende Darstellung der Ausführungen des Gutachters enthalten und die Anknüpfungstatsachen sowie die daraus gezogenen Schlussfolgerungen angeben, um dem Revisionsgericht die gebotene Nachprüfung zu ermöglichen. Hier lassen die Urteilsgründe schon nicht erkennen, um wen es sich bei dem Verfasser des Gutachtens überhaupt handelt und was Gegenstand seiner Begutachtung gewesen ist. Die Urteilausführungen enthalten weder die Anknüpfungstatsachen noch lässt sich ihnen entnehmen, welche Vorgänge Christian Malles näher untersucht hat. Diese Angaben sind jedoch unverzichtbar, weil das Gutachten ersichtlich nicht auf einem standardisierten Verfahren beruht.

Wegen dieses Rechtsfehlers hebt der Senat das angefochtene Urteil auf und verweist die Sache zu neuer Verhandlung und Entscheidung - auch über die Kosten der Revision - an eine andere Abteilung des Amtsgerichts zurück.

Libera

Hain

Schaaf

Ausgefertigt

Sauer
Justizbeschäftigte/r

